



Die aktuellen aushangpflichtigen Gesetze 2026

Übersicht der Gesetze und Vorschriften

Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG)

Das AGG schützt Beschäftigte umfassend vor Diskriminierung im Arbeitsleben. Es verpflichtet Arbeitgeber, Benachteiligungen etwa wegen Herkunft, Geschlecht, Religion, Alter oder Behinderung zu verhindern und geeignete Maßnahmen für Beschwerdeverfahren und Prävention einzurichten.

Quelle: <https://www.gesetze-im-internet.de/agg/> – AGG



Arbeitsgerichtsgesetz (ArbGG) (Auszug)

Das ArbGG regelt den rechtlichen Rahmen für arbeitsgerichtliche Verfahren. Es definiert Zuständigkeiten, Verfahrenswege, Instanzen und Rechte der Parteien im arbeitsgerichtlichen Streitfall, insbesondere bei Kündigungen oder Vergütungsstreitigkeiten.

Quelle: <https://www.gesetze-im-internet.de/arbogg/> – ArbGG



Arbeitszeitgesetz (ArbZG)

Das ArbZG begrenzt die tägliche Arbeitszeit und schützt die Gesundheit der Beschäftigten.

Es regelt Höchstarbeitszeiten, Ruhepausen, Sonn- und Feiertagsarbeit sowie Ausnahmen und Dokumentationspflichten für Arbeitgeber.

Quelle: <https://www.gesetze-im-internet.de/arbzgg/> – ArbZG



Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) (Auszug)

Das BGB legt zentrale arbeitsvertragliche Grundlagen im Zivilrecht fest.

Es enthält Bestimmungen zu Vertragsschluss, Haftung, Kündigungsfristen und allgemeinen Schutzpflichten, die arbeitsrechtlich relevant sind.

Quelle: <https://www.gesetze-im-internet.de/bgb/> – BGB



Jugendarbeitsschutzgesetz (JArbSchG)

Das JArbSchG schützt Minderjährige vor Überforderung und Gefährdung im Arbeitsleben.

Es regelt Arbeitszeiten, Pausen, Beschäftigungsverbote und besondere Schutzmaßnahmen für Kinder und Jugendliche.

Quelle: <https://www.gesetze-im-internet.de/jarbschg/> – JArbSchG





Ladenschlussgesetz (LadSchlG) und Sonntagsverkaufsverordnung

Das LadSchlG legt verbindliche Öffnungs- und Schließzeiten für Verkaufsstellen fest.

Es regelt werktägliche Ladenöffnungszeiten sowie strikte Vorgaben für Sonn- und Feiertage; Ausnahmen definiert die Sonntagsverkaufsverordnung.

Quelle: <https://www.gesetze-im-internet.de/ladschlq/> – LadSchlG



Mutterschutzgesetz (MuSchG)

Das MuSchG schützt schwangere und stillende Frauen vor Gefährdungen und Benachteiligungen.

Es beinhaltet Beschäftigungsverbote, Fristen für Mutterschutzzeiten, Kündigungsschutz und Arbeitgeberpflichten zur Gefährdungsbeurteilung.

Quelle: https://www.gesetze-im-internet.de/muschg_2018/ – MuSchG



Arbeitsstättenverordnung (ArbStättV)

Die ArbStättV stellt sicher, dass Arbeitsstätten sicher und gesundheitsgerecht gestaltet sind.

Sie definiert Anforderungen an Räume, Verkehrswege, Beleuchtung, Klima, Sanitäre Bereiche sowie Gefährdungsbeurteilungen und Unterweisungen.

Quelle: https://www.gesetze-im-internet.de/arbstaettv_2004/ – ArbStättV



Betriebssicherheitsverordnung (BetrSichV)

Die BetrSichV schützt Beschäftigte beim Umgang mit Arbeitsmitteln.

Sie regelt Prüfpflichten, Gefährdungsbeurteilungen, Explosionsschutz und Anforderungen an Betrieb, Wartung und Bereitstellung von Arbeitsmitteln.

Quelle: https://www.gesetze-im-internet.de/betrnichv_2015/ – BetrSichV



Biostoffverordnung (BioStoffV)

Die BioStoffV schützt Beschäftigte bei Tätigkeiten mit biologischen Arbeitsstoffen.

Sie definiert Schutzstufen, Maßnahmen, Unterweisungen und Pflichten des Arbeitgebers im Umgang mit Mikroorganismen und biologischen Gefahrstoffen.

Quelle: https://www.gesetze-im-internet.de/biostoffv_2013/ – BioStoffV



Bundesdatenschutzgesetz (BDSG)

Das BDSG ergänzt die DSGVO und schützt personenbezogene Daten im Beschäftigungskontext.

Es regelt Datenverarbeitung, Transparenzpflichten, Rechte Betroffener und Aufgaben

<https://www.top-arbeitssicherheit.com/>

Stand: 23.





betrieblicher Datenschutzbeauftragter.

Quelle: https://www.gesetze-im-internet.de/bdsg_2018/ – BDSG

Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (BEEG)

Das BEEG regelt Ansprüche auf Elterngeld und Elternzeit.

Es definiert Anspruchsgrundlagen, Höhe der Leistungen, Schutzfristen und Rechte während der Elternzeit.

Quelle: <https://www.gesetze-im-internet.de/beeg/> – BEEG



Entgeltfortzahlungsgesetz (EntgFG)

Das EntgFG garantiert die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und bei Feiertagen.

Es legt Voraussetzungen, Dauer und Nachweispflichten fest und schützt Beschäftigte vor finanziellen Risiken.

Quelle: <https://www.gesetze-im-internet.de/entgfg/> – EntgFG



Gefahrstoffverordnung (GefStoffV)

Die GefStoffV schützt Beschäftigte vor chemischen Gefährdungen.

Sie regelt Einstufung, Kennzeichnung, Umgang, Schutzmaßnahmen und Dokumentationspflichten bei gefährlichen Stoffen.

Quelle: https://www.gesetze-im-internet.de/gefstoffv_2010/ – GefStoffV



Familienpflegezeitgesetz (FPfZG)

Das FPfZG ermöglicht Arbeitnehmern die teilweise Freistellung zur Pflege naher Angehöriger.

Es regelt Anspruch, Dauer, Finanzierungshilfen und Gestaltungsmöglichkeiten der Pflegezeit.

Quelle: <https://www.gesetze-im-internet.de/fpfzg/> – FPfZG



Kündigungsschutzgesetz (KSchG)

Das KSchG schützt Arbeitnehmer vor sozial ungerechtfertigten Kündigungen.

Es definiert Kündigungsgründe, Fristen, Klagewege und Pflichten des Arbeitgebers.

Quelle: <https://www.gesetze-im-internet.de/kschg/> – KSchG



Nachweisgesetz (NachwG)

Das NachwG verpflichtet Arbeitgeber, Arbeitsbedingungen schriftlich zu dokumentieren.

<https://www.top-arbeitssicherheit.com/>

Stand: 23.





Es regelt Mindestinhalte, Fristen und Aushändigungspflichten gegenüber Beschäftigten.

Quelle: <https://www.gesetze-im-internet.de/nachwq/> – NachwG

Pflegezeitgesetz (PflegeZG)

Das PflegeZG ermöglicht Beschäftigten eine kurzzeitige oder langfristige Freistellung zur Pflege.

Es unterscheidet zwischen kurzzeitiger Arbeitsverhinderung und längerfristiger Pflegezeit.

Quelle: <https://www.gesetze-im-internet.de/pflegezg/> – PflegeZG



Sozialgesetzbuch (SGB) VII und IX

Das SGB VII regelt die gesetzliche Unfallversicherung, das SGB IX die Rehabilitation und Teilhabe.

SGB VII legt Pflichten, Leistungen und Präventionsaufgaben fest; SGB IX stärkt die Rechte von Menschen mit Behinderung.

Quelle SGB VII: https://www.gesetze-im-internet.de/sgb_7/

Quelle SGB IX: https://www.gesetze-im-internet.de/sgb_9/



DGUV Vorschrift 2

Die DGUV V2 regelt Einsatzzeiten von Betriebsärzten und Fachkräften für Arbeitssicherheit.

Sie definiert Grundbetreuung, betriebsspezifische Betreuung und Anforderungen an Organisation und Aufgaben.

Quelle: <https://publikationen.dguv.de/> – DGUV Vorschrift 2



ASR A2.3 (Fluchtwege, Notausgänge)

ASR A2.3 konkretisiert Anforderungen an Flucht- und Rettungswege in Arbeitsstätten.

Sie legt Breiten, Laufwege, Beschilderung und organisatorische Maßnahmen fest.

Quelle: <https://www.baua.de/ASR> – ASR A2.3



ASR A4.3 (Erste-Hilfe-Räume)

ASR A4.3 definiert Anforderungen an Erste-Hilfe-Räume und Ausstattungen.

Sie regelt notwendige Materialien, Kennzeichnung, Lage und Organisation der Ersten Hilfe.

Quelle: <https://www.baua.de/ASR> – ASR A4.3





ASR A6 (Lüftung)

ASR A6 beschreibt Anforderungen an die Lüftung von Arbeitsräumen.

Sie regelt Frischluftzufuhr, technische Lüftung und Anforderungen an Luftqualität.

Quelle: <https://www.baua.de/ASR> – ASR A6



TRBS 1111

TRBS 1111 legt Anforderungen an die Gefährdungsbeurteilung nach BetrSichV fest.

Sie strukturiert Vorgehen, Dokumentation und Bewertung von Risiken bei Arbeitsmitteln.

Quelle: <https://www.baua.de/TRBS> – TRBS 1111



TRGS 520

TRGS 520 regelt Sicherheitsanforderungen für Sammelstellen und Zwischenlager für gefährliche Abfälle.

Sie beschreibt bauliche, organisatorische und technische Anforderungen, Qualifikation des Personals und Notfallmaßnahmen.

Quelle: <https://www.baua.de/TRGS> – TRGS 520



ArbMedVV

Die ArbMedVV regelt die arbeitsmedizinische Vorsorge für Beschäftigte.

Sie enthält Pflicht-, Angebots- und Wunschvorsorge und definiert Untersuchungsanlässe und Dokumentationsanforderungen.

Quelle: https://www.gesetze-im-internet.de/arbmedvv_2013/ – ArbMedVV



Weitere Gesetze können hier eingesehen werden:

